

Reader

12D Nr. 2 28.01.2009 (2-std.)



Beiträge zum Thema Partei – Ostdeutschland – NPD

1. Wenn das Vertrauen fehlt
2. Die Parteien haben immer Recht
3. Wir sind das Volk. Wofür noch Parteien?
- 5 4. Die importierte Moral
5. Hilfos gegen Rechts
6. Den Nazis trotzen

TEXT 1

- 10 DIE ZEIT 09.12.1999 Nr.50 [http://www.zeit.de/1999/50/199950.offe.gueltige_fa.xml]

Wenn das Vertrauen fehlt

Demokratisierung ist nicht genug: Warum die Institutionen vor allem das politische Misstrauen der Staatsbürger entkräften müssen - Teil 5 der ZEIT-Serie über die Zukunft der Demokratie

Von Claus Offe

- 15 Schwer zu sagen, wie zukünftige Historiker unser Zeitalter kennzeichnen werden. Es wird wohl vom Ende des Kalten Krieges die Rede sein, von "Postmoderne", der "postindustriellen Gesellschaft" oder der "Globalisierung". Plausibler zur Kennzeichnung der Veränderungen, die im vierten Quartal des 20. Jahrhunderts stattfanden, ist indes die Kategorie der liberalen Demokratie als der in dieser Epoche tendenziell alternativlos gewordenen Form politischer Herrschaft. 1974 konnten knapp 30 Prozent der existierenden Staatswesen als
- 20 Demokratien qualifiziert werden. Heute sind es über 60 Prozent.

Der Triumph der liberal-demokratischen Regimeform setzte im Jahre 1974 ein. Er begann zunächst in der lateinischen Welt mit den beiden Pionieren Portugal und Griechenland. Dann folgten Spanien (1975) und schließlich, angeführt durch Nicaragua (1978/79), nicht weniger als zwölf lateinamerikanische Fälle bis hin zum (re)demokratisierten Chile (1990).

- 25 Heute sind sämtliche Staaten in Mittel- und Osteuropa Demokratien, so defekt ihre Praxis zum Teil auch ist. Die Welle der Demokratisierung ist nicht nur in der Republik Südafrika und in Nigeria angekommen, sondern bewegt sich auch auf Indonesien zu. Selbst die Regime, die ihr bisher getrotzt haben - die Volksrepublik China, die Staaten des Mittleren Ostens und Nordafrikas -, geraten wegen ihres Ausnahmecharakters in
- 30 Rechtfertigungsnotstände. Eine Kernidee der liberalen Demokratie, das Fundament der Menschen- und Bürgerrechte, ist gleichzeitig zum Hauptthema der Politik nicht nur von Nationalstaaten, sondern auch von supranationalen Akteuren wie von subnationalen Nichtregierungs-Organisationen geworden.

- Dieser massive Prozess eines demokratischen Regimewandels ist durchaus erstaunlich. Er hat nämlich nicht weniger zur Voraussetzung, als dass in den neuen Demokratien Vertrauen zwischen den Bürgern entsteht. Die Bürger billigen sich über alle Differenzen hinweg gegenseitig das Recht zu, als Gleichberechtigte an der
- 35 Gesetzgebung mitzuwirken. Dazu müssen die Bürger - heroisch und mitunter trotz gegenläufiger Umstände - darauf vertrauen, dass keine Gruppe gegen andere die neu gewonnenen politischen Rechte böswillig oder aus Inkompetenz missbrauchen wird. John Stuart Mill hatte noch befürchtet, dass eine plötzliche Freigabe egalitärer politischer Rechte zur *class legislation*, also zu einem letztlich selbstzerstörerischen Klassenkampf mit dem Wahlzettel führen müsse. Und die "Timidität" gegenüber den von der Demokratie ermächtigten Volksklassen hat
- 40 Max Weber an seinen bürgerlichen Zeitgenossen kritisch beobachtet. Wie kommt es also, dass sich die Bürger neuer Demokratien dazu durchringen, einander ohne Angst und Argwohn zu begegnen? Denn es versteht sich keineswegs von selbst, dass sie sich tatsächlich wechselseitig als Mitbürger und Koautoren des für alle geltenden Gesetzes anerkennen. Oft steht einer solchen Anerkennung zu viel Unrecht im Wege, gegenwärtiges wie erinnertes.

45 Demokratien sind institutionelle Formen des politischen Lebens, in denen befristete Herrschaftsbefugnisse repräsentativer Akteure an Verfassung und Gesetz gebunden und durch die Freiheitsrechte der Bürger begrenzt sind. Alle volljährigen Bürger können auf der Grundlage gleicher Rechte am politischen Prozess teilnehmen. Neue Demokratien, so kann man zuspitzen, entstehen friedlich - nicht wie viele der alten im Kielwasser militärischer Großereignisse. Sie entstehen voluntaristisch und sind nicht durch die "Reife" sozialer und
50 ökonomischer Strukturen determiniert. Und sie sind ideologisch weitgehend erkaltete, fast nur "staatstechnische" (Max Weber) Arrangements, die den Ballast von Fortschrittsvorstellungen abgeworfen haben. Was man der Weimarer Reichsverfassung als Makel angekreidet hat, nämlich eine "Verfassung ohne Entscheidung" (will sagen: ohne Entscheidung für eine bestimmte Güter- oder Werteordnung) zu sein, gerade das erheben die neuen Demokratien zur Tugend.

55 *Was macht eine farblose Regierungsform so attraktiv?*

Wenn die demokratische Regierungsform ideologisch derartig "farblos" ist - was macht sie dann für so viele Akteure in so vielen Ländern dennoch attraktiv? Die Antwort liegt auf der Hand: **Mit der Einführung der Demokratie befreien Gesellschaften sich von ungerechten und bedrückenden Formen politischer Herrschaft.** Was aber leistet die Demokratie sonst noch, zusätzlich zu ihrer Zweckdienlichkeit als Brechstange zum
60 Systemwechsel? Was spricht noch für die Demokratie, wenn die Phase der Demokratisierung vorbei ist? Was motiviert, nach ihrer Entstehung, den Bestand der Demokratie?

Im Übrigen aber sind verallgemeinerungsfähige Befunde über besondere Vorzüge der demokratischen Herrschaftsform rar. Die Einsicht in den Gebrauchswert demokratischer Institutionen ist nicht so zwingend, dass sich daraus verlässliche Motive für einen demokratischen Verfassungspatriotismus ergäben. So trifft es
65 beispielsweise nicht zu, dass Demokratien zwangsläufig einen Beitrag zu Wachstum und wirtschaftlicher Effizienz leisten. Es trifft nicht zu, dass sie Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit durchweg besser erfüllen als alle Nichtdemokratien. Demokratien fördern nicht von sich aus eine effektive und korruptionsfreie öffentliche Verwaltung. Sie leisten nicht immer und überall einen Beitrag zur Vervollkommnung von Teilnahmereitschaft und Urteilsvermögen der Bürger. Und sie sind nicht durchweg in der Lage, Potenziale krimineller
70 Gewalttätigkeit stillzulegen und die Gefahr von Bürgerkriegen zu bannen. Die schlechteste Nachricht ist vielleicht, dass (neue) Demokratien letztlich wehrlos sind gegen die Gefahr ihrer Selbsterstörung. Und es häufen sich die Belege dafür, dass die Demokratisierung halben Weges stecken bleibt. Politikwissenschaftler sprechen von einer "Entzauberung der Demokratie" oder vom neuen Typus "defekter" Demokratien.

Die Wertschätzung der Bürger für die demokratischen Institutionen, die für deren dauerhafte Befestigung
75 ("Konsolidierung") vorauszusetzen ist, wächst diesen Institutionen nicht automatisch zu. Der Appetit kommt nicht beim Essen - vor allem dort nicht, wo es nicht viel zu "essen" gibt und der Übergang zur Demokratie nicht von einem "Wirtschaftswunder" förderlich begleitet ist.

Könnte es demnach sein, dass es weniger der Wunsch der Bürger nach demokratischen Verhältnissen war, der den Systemwechsel herbeigeführt hat, als die Unfähigkeit des jeweils alten Regimes, den Gehorsam des Vol- kes
80 zu erzwingen? Viel spricht dafür, dass mit Militärdiktatur und Staatssozialismus, mit theokratischen, sultanistischen, dynastischen, autoritären, diktatorischen, imperialen oder parteimonopolistischen Regimetypen in "modernen" Gesellschaften kein Staat mehr zu machen ist. Niemand kann noch halbwegs gute Gründe dafür aufbieten, weshalb irgendeine Kategorie von Personen (die Schriftgelehrten, die Funktionäre, die Militärs, die Thronerben) bessere Rechte oder höhere Kompetenz zur Entscheidung öffentlicher Angelegenheiten haben
85 sollten als alle anderen. Autoritäre Regime sind häufig nicht in der Lage, sich rechtzeitig zu öffnen und das Risiko der Machtteilung und der Koalitionsbildung einzugehen. So brechen sie, weil sie sich nicht biegen können. Wenn die Trümmer beseitigt und die Beteuerungen der Mielkes ("Ich liebe euch doch alle") im allgemeinen Gelächter untergegangen sind, bleibt die Demokratie als einzige Option, und zwar im Sinne Churchills: als die schlechteste aller Regierungsformen, abgesehen von allen anderen bisher ausprobierten.

90 Das alles spricht nur gegen die alten Regime, nicht für die Demokratie als einen institutionellen Dauerzustand. Die Demokratie ist das, was entsteht, wenn rivalisierende Regimeformen passé sind. Der Zusammenbruch jener unhaltbar gewordenen Herrschaftsstrukturen führt deshalb "nur" zur Demokratisierung, nicht auch zur konsolidierten Demokratie; zur Entstehung, nicht zum Bestand eines neuen Regimes; zur Befreiung, nicht dauerhaft auch zur Freiheit.

95 Notwendige Voraussetzung für die Stabilität des neuen Regimes sind drei antithetische Bezüge, die in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft liegen. Eine profilierte Selbstbegründung gewinnt die Demokratie nur dann, wenn die politischen Eliten sich und die neue Ordnung überzeugend gegen eine alte Ordnung (mit ihren Tätern, Opfern und Widerstandshelden), gegen ein nichtdemokratisches Gegenüber und den Status quo gegen das Projekt einer positiv beschriebenen Zukunft (des "Fortschritts", der "Modernisierung") absetzen können, ein
100 Projekt, das nur mit den Mitteln der Demokratie realisiert werden kann.

Im Kalten Krieg konnte der Westen sich selbst idealisieren

Die Vergangenheit entrückt und verblasst, trotz des Bemühens um ihre Vergegenwärtigung. Was den Kontrast in der Gegenwart angeht, so bot der Kalte Krieg den westlichen Demokratien die ungemein ergiebige Gelegenheit, sich unter Verweis auf die "andere Seite" selbst zu idealisieren, ökonomisch wie moralisch. Dieser Kontrast funktioniert nicht mehr, seit Ost und West gleichermaßen "postkommunistisch" sind (und sofern man darauf verzichtet, das Profil einer "westlichen Identität" durch Konfrontation mit der islamischen Welt zu schärfen). Was schließlich Zukunftsvisionen angeht, so sind der "Dritte Weg" und die "Neue Mitte" kaum mehr als angestrenzte Euphemismen - ungeeignet, ein Ziel zu markieren und damit einen Kontrast zwischen Gegenwart und besserer Zukunft plausibel zu machen.

Was kann aber ohne solchen dreifachen Kontrast die Einheit des Staatsvolkes und seine Selbstverpflichtung auf die liberale Demokratie stützen? Wie kann jeder einzelne Bürger gewiss sein, dass "alle anderen" sich auch morgen noch an die demokratischen Rechte und Regeln halten werden? Wenn "ich" dessen nicht sicher sein kann - weshalb sollte ich selbst mich daran halten? Schließlich sind Demokratien "Menschenwerk". Wer garantiert mir, dass meine Mitbürger es sich nicht anders überlegen und alles revidieren? Gerade die neuen Demokratien weisen in diesem Punkt ein Problem auf, das in alten Demokratien womöglich nur verdeckt oder verdrängt ist. Im deutschen Fall stellt sich diese Frage des Vertrauens der Bürger zueinander übrigens nicht nur innerhalb der neuen Länder. Sie ist zusätzlich akut zwischen den Bevölkerungen der alten und der neuen Länder - und zwar in beiden Richtungen.

Das Risiko, dass einzelne Bürger die gemeinsamen Entscheidungen aller anderen Bürger als eine "Tyrannei der Mehrheit" wahrnehmen, ist Demokratien eigentümlich. Besonders deutlich tritt es in neuen Demokratien zutage (wohl auch in Demokratien mit großen migratorischen Minderheiten oder tiefen ethnischen Spaltungen). Vielleicht schlimmer noch: "Ich" bin nicht nur den Voten von "allen anderen" ausgeliefert - ich bin nicht einmal in der Lage, mit ihnen zu kommunizieren. Ich kann nicht mit meinen Mitbürgern sprechen, sondern nur mit deren repräsentativen Sprechern; mit denen wiederum sprechen in der Regel nur "meine" Sprecher. Es ist daher keine entlegene Besorgnis, dass "postmoderne" Gesellschaften in zahllose unverbundene Themengemeinden zerfallen, die sich gegenseitig mit Ignoranz oder Argwohn begegnen - bestenfalls sprachlos, schlimmstenfalls gewaltsam.

Politisches Vertrauen erweist sich daran, dass wir die Regeln, nach denen das politisch-ökonomische Spiel abläuft, kennen und als stabil voraussetzen, weil wir erwarten, dass sich tatsächlich alle an diese Regeln halten. Dieses politische Vertrauen, das die Binnenverhältnisse der Zivilgesellschaft prägt, wird erschüttert, wenn ebenso rat- wie erfolglose Regierungsakteure das Bild bieten, die aufgestauten Probleme nur noch vor sich herzuschieben. Denn mit diesem Bild geben sie Anlass zu dem Argwohn, sie könnten, um die Politikblockade zu überwinden, das geltende institutionelle Regelwerk ändern und zu "unerlaubten" Praktiken mit unfairen Verteilungsfolgen Zuflucht nehmen. Dieser Argwohn führt zu einer akuten Knappheit an Vertrauen. Drei Gegenstrategien sind denkbar und aktuell zu beobachten:

Vertrauensbildung "von unten": Neue soziale Bewegungen und Bürgerrechtsbewegungen versuchen, die Zivilgesellschaft auf einen hegemonialen Konsens über politische und soziale Werte festzulegen. Protest, Bewusstseinsbildung, Mobilisierung expressiver Massenaktivitäten führen zu historischen Momenten einer emphatischen politischen Vergemeinschaftung, die weit über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus Vertrauen begründen kann, wenn auch nur ein kurzlebiges.

Vertrauensbildung "von oben": Populistische politische Eliten wecken Gemeinsamkeitsvorstellungen, indem sie formal meist nichtpolitische Grundlagen des Einverständnisses (zum Beispiel Tugenden wie Sauberkeit, Charakterstärke) und Identitätsbilder (zum Beispiel ethnische Zugehörigkeit, regionale Verbundenheit) als einendes Band anbieten, das die Distanz der Bürger untereinander sowie die Distanz zwischen Zivilgesellschaft und politischer Führung überwinden soll. Dieses Spiel treibt Haider mit seiner infamen Versicherung, er sei keineswegs ein Ausländerfeind, sondern nur ein "Inländerfreund".

Wo Lügen aufgedeckt werden, schwindet der Argwohn

"Laterale" Vertrauensbildung durch Institutionen: Diese anspruchsvollste Variante funktioniert so, dass Institutionen als "moralisch plausibel" begründet und verstanden werden. Moralisch plausibel sind sie, wenn und weil sie sich gegen die Einwände der mangelnden Fairness oder der Unwahrhaftigkeit mit Gründen verteidigen lassen. Diese Plausibilität bringt im Idealfall alle Bürger zu der Vermutung, dass sie auch von allen anderen Bürgern wahrgenommen und von ihnen zum Motiv regelkonformen Handelns gemacht wird. Das Vertrauen in "alle anderen" steht und fällt mit der Glaubwürdigkeit, mit der die Institutionen die Werte der Wahrheit und der Fairness einleuchtend repräsentieren und verbürgen. Wenn also die Institutionen der Demokratie in evidenten Weise dafür garantieren, dass Lügen aufgedeckt und Verträge gehalten werden, dass ungerechtfertigte Begünstigungen verwehrt und Notlagen behoben werden, dann entfällt für die Bürger der Anlass für Argwohn und Misstrauen gegen die Mitbürger und deren Repräsentanten.

Die Befestigung und Verteidigung von Institutionen, die in diesem Sinne als politisch-moralische Signalgeber funktionieren, ist die Aufgabe, die sich nach Abschluss der Phase der Demokratisierung stellt. Ihre Bewältigung bleibt das Problem der Demokratie und Kriterium ihres Bestandes.

Claus Offe lehrt Politische Wissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität. Zuletzt erschien sein Aufsatz "How Can We Trust Our Fellow Citizens?"

(c) DIE ZEIT 09.12.1999 Nr.50

TEXT 2

165 [\[http://www.zeit.de/2002/25/200225_parteienstaat_xml\]](http://www.zeit.de/2002/25/200225_parteienstaat_xml)
Die Parteien haben immer Recht

Die Politik wird von den Parteien beherrscht. Ohne sie geht nichts - mit ihnen zu wenig. Damit die Demokratie nicht erstarrt, muss das Monopol der Parteien aufgebrochen werden: Durch eine Stärkung der Parlamente, durch die Einführung von Volksbegehren auf Bundesebene und mithilfe der Zivilgesellschaft

170 *Leicht*

Es ist dieser paradoxe Zusammenhang zwischen der Allmacht und der Ohnmacht des Parteienstaates, der die Frage provoziert: Führt der Weg eigentlich immer nur tiefer in den Parteienstaat hinein - oder gibt es auch Wege, die aus ihm herausführen können? Dabei sprechen einige Vorgänge gerade der letzten Tage nicht für die Bereitschaft des Parteienstaates, sich ein wenig zurückzunehmen: Das zeigen gleichermaßen der Schlussbericht des Parteispenden-Untersuchungsausschusses, das Protokoll der Debatte über den rot-grünen Gesetzentwurf zur Einführung von Plebisziten auf Bundesebene und der Bericht der Enquetekommission über das bürgerschaftliche Engagement. zu geringen Wahlbeteiligungen? Weshalb führt die Modernisierung der Werbestrategien zu einer immer weiter abflachenden (und immer schneller schwankenden) Zustimmung der Bürger zu Parteien, Politikern und Parolen? Immer mehr Wähler markieren mit immer geringerer innerer Überzeugung ihr Kreuz auf dem Wahlzettel. Und das soll gar nichts zu tun haben mit der schwindenden Überzeugungskraft von Parteien und Programmen?

Parteien sollen zum einen die gesellschaftlich vorhandenen Interessen und Milieus bündeln; sie sollen zum anderen auf politische Herausforderungen mit alternativen Handlungsangeboten reagieren. Solange es noch stark ausgeprägte Milieus in der Gesellschaft gab, folgte das eine gewissermaßen zwanglos aus dem anderen. Aber nachdem die früher so stabilen Milieus rapide zerfallen sind, müssten die Parteien aus eigener (Erfindungs-)Kraft Politik betreiben - Ideenpolitik statt Milieupolitik. Das Gegenteil ist der Fall: Mit den Milieus schwanden die Ideen.

Das Kartell schweigt - und streitet über Scheinprobleme

190 Es wäre nun gewiss zu simpel gedacht, alles Missbehagen am Zustand unserer Politik pauschal auf das Konto des Parteienstaates zu buchen. Der Reformstau in unserem Land (und in manchen anderen europäischen Ländern) hat auch andere Ursachen. Gerade in einer Gesellschaft, in der viele schon vieles erreicht haben - Verbände wie Individuen - , nimmt die Bereitschaft zu einer Veränderung fast naturgemäß ab. Besitzstände wollen verteidigt werden, notfalls zu Lasten anderer - etwa die Besitzstände der Arbeitsplatzinhaber zu Lasten derjenigen, die nach Arbeit suchen. Jedes Regulierungssystem neigt zur lähmenden Perfektion, jede Bürokratie zur Wucherung, jede einmal errungene politische oder wirtschaftliche Machtposition zur Verfestigung. Am Ende kommen politische Entscheidungen (oder bloße Anpassungen) kaum noch zustande dank vorausschauender Planung aus der Mitte des politischen Systems, sondern Politik vollzieht sich fast nur noch als Folge externer Schocks.

200 Es liegt also nicht nur an den Parteien, dass auf die "neue Unübersichtlichkeit" alsbald die neue Unbeweglichkeit der Politik folgte. Aber die Parteien haben sich - und dies ganz besonders in Deutschland - derart fest im politischen System eingenistet, dass sie von ihrer eigenen Verantwortung nicht ablenken können. Gerade im gegenwärtigen Vorwahlkampf geht ein Schweigekartell über die wirklichen Probleme des Landes Hand in Hand mit einem Streitkartell über Scheinprobleme. Doch dieser "Stagnationspakt" (K. v. Dohnanyi) liegt zu einem guten Teil in der Logik des Parteiensystems begründet: Wer zuerst mit unangenehmen Wahrheiten herausrückt, hat schon verloren, weil die Rivalen die angebliche Herzlosigkeit der Wahrheit sofort parteipolitisch ausbeuten werden.

210 Dieses System ist nicht vom Himmel gefallen, sondern es wurde zielbewusst ausgebaut und zementiert. Zeichnen wir also an einem Beispiel nach, mit welchen Begründungen der Weg in den Parteienstaat gepflastert wurde. Am Anfang stand der Artikel 21 des Grundgesetzes mit dem Satz: "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit." Dieser Artikel verankert sodann die Gründungsfreiheit der Parteien,

außerdem Anforderungen an ihre innere Ordnung sowie an die Transparenz ihrer Finanzen; und schließlich grenzt er die Möglichkeit des Parteienverbots ein. Am Ende des Artikels heißt es dann: "Das Nähere regeln Bundesgesetze." Regeln - das heißt in der Regel immer auch: Beschränken. Doch der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis hat vor nunmehr zehn Jahren einmal detailliert dokumentiert, wie die Parteien im
215 Zusammenspiel mit dem Bundesverfassungsgericht (vor allem mit dem damals einflussreichen Verfassungsrichter Gerhard Leibholz) seit den fünfziger Jahren darauf hingewirkt haben, dass dieser begrenzende Gesetzesvorbehalt für den ersten Satz des Artikels 21 systematisch ausgeschaltet wurde. Die ursprünglich rein faktische Feststellung, die Parteien wirkten an der Willensbildung des Volkes mit, wurde zu einer nahezu grenzenlosen Ermächtigungsnorm ausgeweitet. **Als Ergebnis liest sich der Paragraph 1 des Parteiengesetzes heute wie folgt:**

220 **"(1) Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe.**

225 **(2) Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen."**

230 **Man muss diese Rhetorik einmal konzentriert auf sich wirken lassen: Eine "obliegende" und "verbürgte Aufgabe", "Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens", "insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung", "politische Bildung anregen und vertiefen", "befähigte Bürger heranbilden", "für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen" - dabei entsteht geradezu zwangsläufig ein Bild der "mündigen Parteien", denen der unmündige Bürger gegenübersteht. Oder mit den Worten von Wilhelm Hennis: Man "sieht im Geiste eine etwas dusselige Bevölkerung, die von ihren im *ständigen Einsatz'* befindlichen Hinführern' auf den Pfad politischer Bildung und Tugend gebracht wird. Das politische Deutschland - eine ewige pädagogische Provinz."**

240 **In gewisser Weise hat sich in Deutschland also der Obrigkeitsstaat in den Parteienstaat verwandelt, der auf dieser skizzierten geistigen Grundlage ausgebaut wurde, zu Lande, zu Wasser und in der Luft: das aufwändige Ensemble von staats- und steuergeförderten Parteien, von staatsfinanzierten parteinahen Stiftungen (von den Staatsgeldern für die Fraktionen ausnahmsweise nicht zu reden), der Wahlkampfkostenerstattung; die gesicherten Einflusszonen in der politischen Bildung, den öffentlich-rechtlichen Medien und in anderen öffentlichen Einrichtungen. Selbst wenn den Parteien eines Tages noch mehr Mitglieder und Wähler abhanden
245 kommen sollten - die Apparate stehen mental, rechtlich und finanziell so verfestigt im Raum, dass sie noch eine ganze Weile vor sich hin klappern könnten. Sie können sich also sehr wohl von der Bewusstseinslage der Wähler abkoppeln, obwohl dieser immense Aufwand doch nur dazu betrieben wird, "eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen" zu sichern.**

250 **Noch einmal: Das Problem besteht nicht darin, dass - während im Osten Deutschlands bis 1989 die "Diktatur des Proletariats" herrschte - im westlichen und vereinigten Deutschland nun eine "Diktatur der Parteien" das Volk schmerzlich knebelte und überforderte. Das Problem besteht vielmehr darin, dass die Politik der Parteien die Wähler regelrecht unterfordert. Und es besteht darin, dass neben den allmächtig-ohnmächtigen Parteien kaum anderes politisches Gras wachsen kann, wenn man einmal die Verbände für einen Augenblick beiseite lässt. Mit den Parteien geht wenig - und neben den Parteien gar nichts. Was also wäre zu tun, um der nachhaltigen
255 Kolonisierung der Politik durch die Parteien entgegenzuwirken?**

260 Eine im Prinzip wichtige, aber in diesem Zusammenhang nur begrenzte Rolle spielt die schärfere Kontrolle der Parteifinanzen. Zwar wurde das Parteiengesetz gerade erst unter dem Eindruck des CDU-Spendenskandals und während der noch laufenden Aufdeckung des Kölner SPD-Sumpfes novelliert. Aber noch immer weigern sich die Parteien, die Transparenz der doppelten Buchführung auf sich wirken zu lassen oder Spenden von Nicht-Wählern, also von Kapitalgesellschaften, insgesamt zu verbieten. Doch solange Korrekturen am Finanzsystem nur Detailregelungen betreffen, das Volumen des Finanzaufwandes, der für die Apparate und Wahlkämpfe betrieben wird, jedoch nicht beschnitten wird, bleibt es bei der erhabenen Bürokratisierung und Mechanisierung des Parteibetriebes. Als ob durch das viele Geld je eine überraschende politische Idee ans Licht gebracht worden wäre. (Übrigens: Ein Wirtschaftsunternehmen, das für ungeliebte Produkte sinnlose und sinnlos teure
265 Propaganda verbreitet, fällt irgendwann aus dem Markt.) Ist es zu gewagt, zu glauben: Wenn die Parteien weniger Geld für Parolen hätten, müssten und würden sie mehr Ideen für Programme sammeln?

Schon von größerer Bedeutung wäre die Stärkung der Parlamente gegenüber den Parteiapparaten - zum Beispiel durch eine Änderung des Wahlrechts, etwa durch die Einführung des Mehrheitswahlrechts bei gleichzeitiger

Urwahl der Kandidaten in den Wahlkreisen, und sei es zunächst nur durch die Gesamtheit der Parteimitglieder.
270 Wer das bereits für allzu revolutionär hält, könnte sich ja wenigstens damit begnügen, den Anteil der
Listenmandate von 50 Prozent auf 40 Prozent herabzusetzen, wie dies am Anfang der Bundesrepublik der Fall
war.

Im Aufgalopp zum Wahlkampf gescheitert

Zur Stärkung der (Landes-)Parlamente könnte auch eine kräftige Reform des Föderalismus beitragen, mit einer
275 effektiven Finanz- und Aufgabenhoheit der Länder. Heute ist der Föderalismus zu einem Exekutiv-Föderalismus
abgesunken: Die Ministerpräsidenten entschädigen sich für den Bedeutungsverlust der Länder durch eine immer
größere Mitsprache im Bund (und in Europa), während die Landtage zu Hause in eine sanfte, aber aufwändige
Bedeutungslosigkeit versinken.

Ein noch stärkerer Impuls könnte von der Einführung des Plebiszits in der Bundesgesetzgebung ausgehen. Man
280 muss kein Romantiker der Volksgesetzgebung sein, um diesem Gedanken etwas abgewinnen zu können;
natürlich, auch das Volk ist keineswegs unfehlbar. Es geht also in keinem Fall um ein Entweder-oder zwischen
Parlaments- und Volksgesetzgebung, zwischen repräsentativer und plebiszitärer Demokratie, sondern um eine
intelligente Verzahnung beider Typen, bei gleichzeitiger Wahrung des Vorrangs des Parlaments, der besonderen
285 verfassungsrechtlichen Verantwortung des Finanzministers, der föderativen Ordnung und der Kompetenzen des
Bundesverfassungsgerichts. Der Primat des Parlaments würde bei einer solchen intelligenten Ergänzung der
Verfassung keineswegs untergraben, sondern nachgerade gestärkt. Denn schon mit der Einführung der
Volksinitiative würde das faktische Monopol der Parteien und Koalitionsausschüsse über die Gesetzgebung stark
relativiert. Vor allem könnten auf diesem Wege politische Themen auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt
290 werden, vor denen sich die Parteien nur zu gerne drücken, weil sie quer zu dem unausgesprochenen
"Stagnationspakt" liegen.

Der rot-grüne Gesetzentwurf, über den in der vergangenen Woche im Bundestag abgestimmt wurde, kam diesem
Ziel sachlich schon sehr nahe. Dass er, im Aufgalopp zum Wahlkampf, an der Union scheitern würde, war aus
parteilichen Gründen vorherzusehen. Wahrscheinlich hat der Entwurf selbst in der Koalitionsführung nur
295 Gnade nach dem Prinzip gefunden: Zustimmung - da Ablehnung anderweitig gesichert. Aber bei etwas
gründlicherer Beratung am Anfang einer Legislaturperiode müsste er in irgendeiner Variante mehrheitsfähig
werden können. Woher allerdings der Wind im Parteienstaat weht, konnte man daran ablesen, dass selbst der rot-
grüne Gesetzentwurf kein Plebiszit über die Besoldung der Parlamentarier zulassen wollte. Gewiss, die Gefahr
des Populismus auf diesem Gebiet lässt sich nicht übersehen. Aber weshalb sollte nicht ein Parlament, das
überzeugend arbeitet, für eine auskömmliche Besoldung der Abgeordneten erfolgreich werben können? Die
300 Parteien müssten unter solchen gemäßigt-plebiszitären Bedingungen allerdings auch für die Finanzierung ihres
gesamten Apparates Zustimmung einwerben - und vor diesem Rechtfertigungsdruck fürchten sie sich wohl am
allermeisten.

Bei all diesen Fragen wird auch die Wahrheit einiger Sätze aus der Parteienkritik des vormaligen
Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker aus dem Jahr 1992 deutlich: "Mit dem Parteiengesetz verfügen die
305 Parteien auf dem Umweg über den Gesetzgeber über sich selbst. Von ihren Rechten ist ziemlich eindrucksvoll
die Rede, wenn auch der tatsächliche Umfang ihres Einflusses bei weitem nicht erfasst ist. Die festgelegten
Pflichten sind dürftig genug und beziehen sich im Wesentlichen auf organisatorische Verfahrensfragen." Nur
dass diese Feststellung nicht allein für das Parteiengesetz gilt, sondern für alle anderen Regelungen, die ihren
Einfluss sichern - zum Beispiel für die Verhinderung des Plebiszits. Man kann dies auf den paradoxen Nenner
310 bringen: Wer das Plebiszit einführen will, braucht erst einmal ein Plebiszit. Muss es wirklich bis in alle Ewigkeit
bei diesem lähmenden Paradox bleiben?

Falsche Romantik der kleinen Zellen

Bleibt als Letztes die Hoffnung auf die viel beschworene Zivilgesellschaft, die Bürgergesellschaft. Soeben hat
eine Enquetekommission zum bürgerschaftlichen Engagement ihren Bericht vorgelegt. Er soll in dieser Woche
315 im Parlament diskutiert werden; wahrscheinlich wird daraus eine feierliche Beerdigung erster Klasse. So
verdienstvoll der Bericht in seiner Bestandsaufnahme des gemeinnützigen Engagements der Bürger auch ist - an
den Nerv der Sache ist er kaum vorgedrungen. Es kann nicht nur darum gehen, dass der Staat das bürgerliche
Engagement rechtlich, finanziell und steuerlich fördert. Schon gar nicht kann man dem Phantombild eines
"aktivierenden Staates" nacheilen, wie das die Sozialdemokraten in der Kommission am liebsten getan hätten.
320 Der "aktivierende Staat", das erinnert doch allzu sehr an den krypto-pädagogischen Staat, den wir schon im
Parteiengesetz kennen gelernt haben.

Nein, die Zivilgesellschaft kann der (Parteien-)Staat am besten dadurch fördern, dass er sich selber "ent-
staatlicht", also entbürokratisiert und dereguliert, wo immer das ohne falsche Romantik der kleinen Zellen
möglich ist. Die Zivilgesellschaft darf nicht nur Lückenbüßerin dort sein, wo dem Staat gerade das Geld oder das
325 Personal fehlt - auf dass der Staat sich bei besserer Finanzlage seine Kompetenzen wieder zurückholt. Der Staat

muss nicht seine Bürger "aktivieren", sondern sich selber möglichst de-aktivieren, zum Beispiel indem er ohne übertriebene Angst vor Steuerausfällen (und Einflussverlust) den gemeinnützigen Stiftungen einen viel größeren Spielraum überlässt - auch bei der autonomen Wahl ihrer Ziele. Das gilt selbst in Konkurrenz zu staatlichen Anstalten, etwa im Schul- und Kulturwesen. Nur wenn der Einfluss des Staates selber zurückgeschnitten wird, wird auch die Kolonisierung der Politik durch den Parteienstaat relativiert.

All diese Anregungen zielen - muss dies noch betont werden? - keineswegs auf die Abschaffung der Parteien; sie wurzeln auch nicht in einer dumpfen Parteienfeindlichkeit. Doch die Zeiten, in denen man sich politisch korrekt vor dem Gessler-Hut mit der Aufschrift "Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung" (Paragraf 1 des Parteiengesetzes) verbeugen musste - Weimar und das Kaiserreich im Sinn -, sind längst vorbei. Jetzt geht es allein darum, in die Nähe dessen zu kommen, was der Artikel 21 des Grundgesetzes wirklich meinte, als er lapidar feststellte: "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit." Im wahren Interesse der Parteien - und der politischen Willensbildung des Volkes.

TEXT 3

340 **DIE ZEIT 02.09.2004 Nr.37** [http://www.zeit.de/2004/37/Osttdt_Integration]
Wir sind das Volk. Wofür noch Parteien?

Die neuen Montagsdemonstrationen zeigen, dass ostdeutsche Bürger sich von ihren gewählten Vertretern nicht mehr repräsentiert fühlen

Von Alexander Thumfart

345 Die Heftigkeit der Proteste gegen das Reformprogramm Hartz IV in Ostdeutschland hat die politische Elite überrascht. Für Brandenburgs Ministerpräsidenten Matthias Platzeck manifestiert sich in den neuen Montagsdemonstrationen sogar eine »gravierende« Erosion in der Unterstützung der Demokratie. Doch welche Motive und Ziele bewegen die Demonstranten?

350 In den Protestkundgebungen von Rostock bis Erfurt spielt die soziale Gerechtigkeit eine herausragende Rolle. Immer wieder betonen die Redner, dass die Sozialreformen der rot-grünen Bundesregierung massiv gegen die Leitnorm sozialer Gerechtigkeit verstoßen. Hinter diesem Einspruch verbirgt sich die über lange Zeiten hinweg erlernte und eingeübte Vorstellung, Gerechtigkeit als soziale Gleichheit oder soziale Gleichverteilung zu begreifen. Die Aufgabe staatlicher Politik wird darin gesehen, ein hohes Maß an Gleichverteilung zu garantieren – ob bei Chancengleichheit, Einkommensgleichheit oder dem gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt. Mag man
355 privat auch bereit sein, Ungleichheiten und differenzierte Leistungsgerechtigkeit bis zu einem gewissen Grade zu akzeptieren, so beharrt man in den öffentlichen Äußerungen doch auf der Norm sozialer Gleichverteilung. Verstöße gegen sie werden nicht nur als Verletzung politischer Gerechtigkeit angesehen, sondern als Zurücksetzung und Herabstufung.

Nur jeder Dritte in Ostdeutschland findet Demokratie unterstützenswert

360 Diese Wahrnehmung wird zwar durch ökonomische Faktoren beeinflusst, etwa indem eine positive Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation (öffentliche) Ungerechtigkeitsurteile vermindert. Gleichwohl haben wirtschaftliche Parameter weitaus weniger Einfluss auf Ungerechtigkeits-Urteile, als man gemeinhin annimmt. Deshalb ist es ein Irrglauben, man könne mit Aufklärungskampagnen und Zahlenbeispielen die negativen Einstellungen in den neuen Bundesländern maßgeblich verändern. Dafür spielen die kulturellen, ideellen und emotionalen – also die immateriellen – Faktoren eine viel zu große Rolle. Kurzum, die Proteste sind vor allem
365 Ausdruck eines tiefer liegenden und dauerhafteren Missvergnügens, wie Hartz IV selbst als Tropfen angesehen wird, der das Fass der Deklassierungsformen zum Überlaufen bringt.

370 So geht es bei den Hartz-Protesten nicht nur um Verteilungsgleichheit und Solidarität; es geht auch um jene Vertretungslücke ostdeutscher Vorstellungen und Leitideen, die sich im Gefühl des Zurückgesetzt-Seins äußert. Es scheint vor allem jenes Repräsentationsdefizit zu sein, das die Bürger auf die Straße treibt und den Anlass dafür liefert, nach Jahren des Schweigens das Wort zu ergreifen.

375 Der Protest gegen Oskar Lafontaines Leipziger Rede richtete sich nicht nur gegen einen Vertreter traditioneller Volksparteien. Die Zurückweisung bringt vielmehr eine schon lange bekannte Haltung zum Ausdruck: Ostdeutsche fühlen sich von den programmatisch mehrheitlich aus Westdeutschland importierten Parteien nicht vertreten. Das lässt sich sowohl an der steigenden Zahl der unzufriedenen Nichtwähler ablesen als auch an der hohen und stetig zunehmenden Volatilität der Wähler. So sehr sie bereit sind, von Wahl zu Wahl die Parteienpräferenz zu ändern, so wenig gelingt es den Parteien, ihre Wähler zu erreichen und zu binden. Mit einem Wort: Die Parteien als die klassischen Agenturen der Interessenvermittlung sind in den neuen Bundesländern vom Elektorat weitgehend entkoppelt. Dies hat zur Konsequenz, dass sowohl die Vermittlung

380 von Vorstellungen und Normen aus der Gesellschaft in das politische System gestört ist und die politische
Integration Schaden nimmt. Diese Entwicklung – im Westen der Republik ebenfalls erkennbar – erreicht
zunehmend auch die PDS, deren Vorsitzender ja nicht nur freiwillig auf eine hegemoniale Präsenz bei den
Demonstrationen verzichtet hat.

385 Nun kann man zu Recht einwenden, mit Blick auf die einzelnen Bundesländer könne man nur sehr begrenzt von
einem Repräsentationsdefizit sprechen, sind es doch vor allem die Parteien und Regierungen der Länder, die die
lokalpatriotische Karte spielen. Allerdings, die Umfragen sprechen eine deutlich andere Sprache. So unterstützt
die ostdeutsche Bevölkerung insgesamt zwar nur mäßig die Idee der Demokratie, optiert aber fast schon
euphorisch für einige ihrer zentralen Prinzipien. Normen wie Meinungsfreiheit, Recht auf Opposition und das
Prinzip wechselnder Regierungen stoßen zum Teil auf mehr Sympathie in Ost- als in Westdeutschland.
390 Erstaunlich und manchmal schockierend sind dagegen die Beurteilungen der real existierenden Demokratie.
Hier findet im Durchschnitt bestenfalls noch jeder dritte ostdeutsche Bürger, dass die reale Demokratie
unterstützenswert sei – Tendenz deutlich fallend.

Macht man sich auf die Suche nach Erklärungen für diese Diskrepanz zwischen Normeneuphorie und
Realitätsabwertung, erlebt man eine weitere Überraschung. Denn nicht nur im Falle eines Normenkonfliktes
395 nehmen die bevorzugten Demokratieprinzipien seltsame Formen an. Eine zum Teil überwältigende Mehrheit
äußert, wie der neueste Thüringen-Monitor zeigt, die Meinung, dass die Auseinandersetzung zwischen
verschiedenen Interessen dem Gemeinwohl schade und dass es auf politische Partizipation gar nicht ankomme –
Hauptsache, das Ergebnis stimmt. Zudem sei es nicht Aufgabe der Opposition zu kritisieren, sondern die
Regierung zu unterstützen. Knapp vier Fünftel meinen, eine Demokratie, die große soziale Ungleichheiten
400 zulässt, sei gar keine Demokratie.

Nicht nur Prinzipieneuphorie und Realitätswahrnehmung stehen unverbunden gegenüber. Auch die angesetzten
normativen Messlatten eignen sich kaum dafür, die Wirklichkeit des demokratischen Prozesses sinnvoll zu
beurteilen. Krass gesagt: Ostdeutsche Bürger messen das demokratische System mit systemfremden Kriterien,
wie umgekehrt die reale Demokratie nicht dem entspricht, was sich die Bürger als Demokratie vorstellen und
405 wünschen.

Das trifft vor allem die Parlamente. Sie sind die Arenen der Entscheidungsfindung und fungieren trotz aller
parteipolitischen Vororientierung und Fraktionssolidarität als Institute, in denen es qua Argumentation und
Widerrede um kollektive Rationalitätssteigerung geht. Bei allen Einschränkungen ruhen Parlamente auf dem
Fundament, dass wir alle erst durch Widerspruch klüger werden. Wenn sich aber ostdeutsche Bürger
410 parteipolitisch nicht vertreten fühlen, wenn sie Streit, Konflikt, Pluralismus und lange Entscheidungswege nicht
schätzen und mehr auf Ergebnisse schielen denn auf argumentative Mitbestimmung und Einfluss, dann haben
Parlamente schlechte Karten. Bestenfalls sind sie faktischer, aber ungeliebter Teil des politischen Systems,
schlimmstenfalls Störenfriede, die politische Effizienz blockieren und deshalb vielleicht sogar ausgeschaltet
werden sollten.

415 Diese ausgeprägte Distanz zur parlamentarischen Demokratie wird auf Bundesebene leider noch unterstützt.
Erinnert sei etwa an die Diskussionen über den Bedeutungsverlust des Parlaments durch die inflationäre
Installierung verschiedener Kommissionen durch die Bundesregierung. Zudem agieren die jeweiligen
Parteivorsitzenden – in Sonderheit Angela Merkel – nicht primär als Oppositionsführer im Bundestag, sondern
treten als Politikgestalter direkt in die Öffentlichkeit. Kommunikations- und Konsultationsprobleme zwischen
420 Partei, Bundesvorstand und Fraktion sind die Folge. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass Mitglieder der
Bundestagsfraktionen aller Parteien öffentliche Störfeuer initiieren und durch Gegenvoten entweder ihrer
eigenen Regierung oder ihren eigenen Vorständen drohen, die Gefolgschaft aufzukündigen. Sie protestieren auf
diese Weise gegen eine systematische Ausgrenzung parlamentarischen Sachverstandes.

Vor diesem Hintergrund nimmt Politikgestaltung neue Formen an und findet an anderen Orten statt. Unter den
425 Bedingungen einer »Zuschauerdemokratie« mit starker Personalisierung stehen sich die bürgerliche
Öffentlichkeit und die verantwortungsträchtigsten, vielleicht gestaltungsmächtigsten politischen Akteure medial
verköpelt Auge in Auge gegenüber. Vor allem der Bundeskanzler und die Vorsitzenden der
Oppositionsparteien sind es, die ohne präsenste Intervention weiterer politischer Instanzen (etwa des Parlaments)
täglich und überall mit dem Publikum interagieren und von ihm direkt adressiert werden. Daraus folgt dann im
430 Umkehrschluss: Wer öffentlich nahezu alles zur Chefsache erklärt oder mit ruhiger Hand zu managen verspricht,
braucht sich nicht zu wundern, wenn er für die Lösung aller Probleme – von Toll Collect bis Ausbildungsmarkt
– haftbar gemacht wird.

Westdeutsche Politiker verkennen die Sprengkraft der neuen Protestkultur

435 Diese Konstellation einer direkt an das Publikum gewandten und vermeintlich allzuständigen Regierung
(beziehungsweise mächtigen Gegenregierung) kommt den Ostdeutschen recht bekannt vor. Es erinnert zunächst
an die Verlautbarungen, Erfolgsmeldungen und Appelle eines Staatsrates unter Vorsitz des Generalsekretärs des

ZK der SED an ein Volk, das im Herbst 1989 dessen müde war und das Heft des Handelns selbst in die Hand nahm. Es erinnert weiterhin an jene politische Macht der Demonstrationen, die sich im zutiefst demokratischen Slogan »Wir sind das Volk« ihrer selbst versichert hat und die sich die Protestierer wieder ins Gedächtnis zurückrufen. Nicht zufällig taucht das Leitmotiv direkter Demokratie in den gegenwärtigen Protestzügen wieder auf, und nicht zufällig wird in vielen Reden auf die revolutionäre Situation 1989 angespielt.

Schließlich entspricht die Konstellation von Regierung versus Volk genau jenem Bild von Demokratie, das die Ostdeutschen offensichtlich in sich tragen und sich so sehr wünschen: direkte Aushandlungs-Kommunikation zwischen Regierung und Volk, in der Effizienz und soziale Gleichverteilung (notfalls mit Protesten) eingeklagt und das Parlament als irrelevant und unerwünscht ausgeblendet wird. Vor diesem Hintergrund hat die Umgestaltung von »Erichs Lampenladen« zum Event-Schuppen etwas erschreckend Weitsichtiges: So könnte auch die Zukunft des Reichstages aussehen.

Es spricht also viel dafür, dass die ostdeutschen Demonstrationen gegen Hartz IV zu einem Gutteil von einem antiparlamentarischen, schließlich antipluralistischen Affekt getragen werden. Dieser Affekt speist sich aus einer langen, in der DDR gepflegten und gelebten deutschen Tradition antiparlamentarischen Denkens. Noch einmal: Diesem (Alb-)Traum einer direktdemokratischen Entsprechung von Regierung und Volk arbeitet eine gesamtdeutsche politische Elite in die Hände, indem sie sich zu den alleinigen Allentscheidern stilisiert und das eigentliche legitime Zentrum politischer Entscheidungsetzung in den Hintergrund drängt. Ostdeutsche Sehnsüchte und bundesrepublikanische, wenn man will »westdeutsche« Demokratieentwicklungen bilden auf merkwürdige Art ein Amalgam, das sich mit den Grundsätzen einer repräsentativen Demokratie nicht verträgt.

Wer deshalb die Proteste in Ostdeutschland einfach abtut oder mehr oder weniger herablassend Verständnis für die Anliegen äußert und glaubt, zum Tagesgeschäft übergehen zu können, verkennt die Sprengkraft, die in diesen Protesten liegt. Die Proteste mögen und werden nachlassen, die Unzufriedenheit und das Missverständnis von Demokratie werden allerdings bleiben, solange nicht das Parlament wieder zur zentralen Arena gemacht wird.

Der Autor ist in Franken geboren und lehrt Politikwissenschaft an der Universität Erfurt

TEXT 4

Die importierte Moral

Toralf Staud | © DIE ZEIT 1999

Rechtsextremisten machen ganz offen Jagd auf Ausländer. Viele Ostdeutsche nehmen das hin - ihnen erscheinen bürgerliche Werte wie Toleranz als von außen übergestülpt

Ein ganz normales Wochenende in Brandenburg: Im Dorf Crussow stoppen Rechtsradikale eine afghanische Familie in ihrem Auto, rufen "Ausländer raus" und "Heil Hitler". In Angermünde sagt ein Jugendlicher zu einem 19jährigen Aussiedler "Hier wird deutsch gesprochen" und verprügelt ihn. Auf dem Markt des Städtchens werden Händler angepöbelt: "Was wollt ihr Türken hier?" Im Kulturhaus von Erkner löst die Polizei ein Skinhead-Konzert mit 200 Besuchern auf. Ostdeutscher Alltag, unterhalb der Nachrichtenschwelle. Es muß schon - wie vor acht Wochen in Guben - einen Toten geben, um Schlagzeilen zu erregen.

Ausländerfeindlichkeit ist normal in Ostdeutschland. Rechtsradikale Jugendliche zeigen ihre Gesinnung auf der Straße. Sie tragen Springerstiefel, Bomberjacken und andere Symbole. Kaum jemand protestiert dagegen. Rechtsextremisten prägen den öffentlichen Raum. In weiten Teilen des Landes haben sie die Meinungsführerschaft, die kulturelle Hegemonie. Am hellichten Tag wurden in Magdeburg Ausländer durch die Stadt getrieben, bei den pogromartigen Ausschreitungen in Hoyerswerda standen Schaulustige dabei. Ganz anders im Westen: Rechtsextremistische Haßdelikte werden dort meist anonym verübt, im Schutz der Dunkelheit, wie etwa in Solingen und Mölln.

Ostdeutschland fehlt ein allgemeingültiges Wertefundament. Westdeutschland, also die ehemalige BRD, hat immerhin das Grundgesetz; und wenn man im Mai dessen 50. Geburtstag feiert, wird der Osten etwas unbeholfen dabeistehen. Die westdeutsche Gesellschaft vergewisserte sich ihrer Werte in einem langem Prozeß selbst. Die Wiederbewaffnungsdebatte, die Proteste gegen die Notstandsgesetze, die 68er etwa wirkten prägend. Die Westdeutschen haben gelernt, Konflikte zu benennen - und sind sich einig über die Regeln, nach denen sie dann ausgetragen werden. Die Westdeutschen haben sich Überzeugungen demokratisch erstritten, die allgemein anerkannt sind. Jedenfalls muß jeder, der dem Wertekonsens widerspricht, mit Mißbilligung oder auch Ausgrenzung rechnen. Im Westen verbietet schon die Political Correctness offenen Fremdenhaß. In Ostdeutschland dagegen ist Toleranz kein Wert an sich.

In der DDR hat es ein kritisches Gespräch der Gesellschaft mit sich selbst nicht gegeben, eine demokratische Öffentlichkeit fehlte. Was es gab, war die offizielle Linie, die sozialistische Moral. Die Bindewirkung von Religion und milieubezogenen Konventionen hatte die SED bewußt zerstört, hatte das Bildungsbürgertum und

den Mittelstand bekämpft. Als schließlich 1989 mit der Mauer das marxistische Wertesystem zusammenbrach, war nichts mehr da, was die Lücke hätte füllen können.

In der DDR war aller Konsens nur erzwungen

495 Statt eines freien öffentlichen Diskurses verfügte die DDR über eine zentral gesteuerte Agitations- und Propagandamaschinerie. Diese verordnete, was jeder zu denken hatte. Unter diesem monotonen Geplärre der Lautsprecher herrschte Schweigen. Jedem war klar, was und wie er nach außen hin zu sprechen hatte. Der auferlegte Konsens - ein Paradoxon - entwertete in der Folge auch jene Zustimmung, die freiwillig zustande gekommen wäre. Die Berliner Arbeiterfamilie etwa, die 1978 die einmillionste neue Wohnung aus dem
500 Wohnungsbauprogramm der SED in Marzahn beziehen durfte, hat sich gewiß ehrlich gefreut. Daß ihr Lob der DDR-Sozialpolitik dann im *Neuen Deutschland* vierspaltig, inklusive Foto mit Erich Honecker auf dem Wohnzimmersofa, wiedergegeben wurde, rief beim Leser gleichwohl nur Kopfschütteln hervor. Oder die Unterschriftensammlungen für die Freilassung Nelson Mandelas: Natürlich war jeder dabei. Doch leider führte die offizielle Erwartung, alle würden mitmachen, dazu, daß die Aktion als Meinungsäußerung nicht ernst
505 genommen zu werden brauchte; jede individuelle wie kollektive Empörung über Apartheid mußte manipuliert wirken.

Der durchschnittliche DDR-Bürger äußerte seine politische Meinung, wenn sie von der konformen abwich, allenfalls im privaten Gespräch. Die wenigen, die es anders hielten, blieben die Ausnahme. So schimpfte man in seiner Nische und vermutete sich mit den anderen im Einklang. Ob es wirklich so war, wußte man nicht.
510 Niemand konnte seine Argumente im offenen Streit schärfen, seine Meinungen bestätigt oder überzeugend widerlegt bekommen. Pluralität im politischen Raum haben DDR-Bürger nie erfahren. Die Bundestagsdebatten im Westfernsehen fanden zwar viele faszinierend. Aber selbst öffentlich streiten, haben die wenigsten Ostdeutschen gelernt - bis heute. Die DDR wollte "ihre Menschen" zu "allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeiten" erziehen. Auf die bundesdeutsche Gesellschaft, deren Ideal der "mündige Bürger" ist,
515 bereiteten die Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen nicht vor. "Bürgerliche Gesinnung" war in der DDR ein Schimpfwort. Das Bürgertum - die Bourgeoisie - war der Gegner des Proletariats im Klassenkampf und verfolgte, so hat man es gelernt, "antagonistische Interessen". Kein Wunder also, daß ein Appell an das Bürgerbewußtsein für ostdeutsche Ohren anders klingt als für westdeutsche.

520 Am 4. November 1989 kam rund eine Million Menschen - freiwillig! - zur berühmten Demonstration auf dem Alexanderplatz. Sie forderten freie Wahlen, den Rücktritt der Regierung, die offizielle Zulassung von Oppositionsgruppen. Einen Monat später bildeten Hunderttausende Ostdeutsche Menschenketten quer durch "ihre Republik" - die alte Phrase der SED stimmte mit einem Male wirklich. Die DDR-Bürger waren nun echte Bürger geworden.

525 Anders als die 40 Jahre zuvor herrschte am Ende der DDR Pluralität, und nun war Toleranz wirklich wichtig. Nationalisten und Rechtsextremisten gingen ebenfalls auf die Straße, und damit bekam das bisher dogmatische Bekenntnis zum Antifaschismus einen ganz anderen Stellenwert.

530 Politische Gewißheiten gab es nicht mehr, man suchte tastend nach der Zukunft: Wiedervereinigung oder Föderation zweier eigenständiger Republiken, Marktwirtschaft oder demokratischer Sozialismus? Ein Verfassungsentwurf entstand. Alles war offen. Die Opposition zerstob in alle Richtungen, weil die SED als der bisher einigende Gegner weggefallen war. Die ostdeutsche Gesellschaft war im intensiven Selbstgespräch, ordnete sich, fragte nach Grundwerten.

535 Fünf Monate lang - bis zu den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 - war die DDR spannend. Mit Lothar de Maizière an der Spitze gewann die "Allianz für Deutschland" aus der alten Blockpartei CDU und den konservativen Neugründungen DSU und Demokratischer Aufbruch - ein Produkt der CDU-Strategen aus dem Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Nun war klar: Es gibt eine schnelle Wiedervereinigung, das nähere regelt eine Verordnung.

540 Am 3. Oktober wurde das bewährte westdeutsche Grundgesetz dann in seinem Geltungsbereich erweitert. In alle Bereiche Ostdeutschlands wurde die westliche (Rechts-)Ordnung übertragen. Jede kritische Frage stand unter dem Generalverdacht, die DDR verteidigen zu wollen. Wenn gestritten wurde, dann um den Rechtsabbiegepfel an der Ampel und nicht über Vor- und Nachteile des Berufsbeamtentums. Stets reagierte der Westen unwirsch und ungeduldig. Er glaubte immer, alles schon diskutiert zu haben, was die Ostdeutschen beschäftigte - sollen sie doch gefälligst nachlesen!

Wegen der schnellen Wiedervereinigung bleibt Distanz

545 Die neue staatliche Ordnung wurde von der ostdeutschen Gesellschaft nicht im erstrittenen Konsens anerkannt. Der Westen bot etwas an und erwartete - guten Gewissens - Zustimmung und Freude. Der zu Wohlstand gekommene Patenonkel schenkte den armen Verwandten feierlich ein neues Auto. Die Beschenkten nahmen es gern, doch richtig stolz darauf konnten sie nicht sein. Ihre Wertschätzung wäre größer, hätten sie es sich selbst

erarbeitet, das Geld selbst mühsam zusammengespart. Und hat der Onkel bei der Übergabe nicht verächtlich auf den guten, alten Trabi geblickt?

550 Die ostdeutsche Gesellschaft hat 1990 ihre Werte nur übernommen und bis heute eine Distanziertheit zu ihnen. Sie bleiben letztlich doch die Werte des Westens. Natürlich gibt es viele Ostdeutsche, die Bürger- und Menschenrechte schätzen und verteidigen. Und vielleicht gibt es im Westen nicht viel mehr solcher Leute - aber dort haben sie die Öffentlichkeit unumstritten geprägt. In Ostdeutschland jedoch brach der Prozeß des (Er-)Streitens mit der Wiedervereinigung ab, noch bevor jemand die begründete Meinungsführerschaft hätte erringen können. So tritt der verhängnisvolle Effekt ein, daß Politiker-Aufrufe zu Toleranz oder Multikulturalität irgendwie nach westdeutscher Siegermoral klingen und wie zu DDR-Zeiten seltsam und künstlich wirken. Sie sind entwertet dadurch, daß sie in den Augen der ostdeutschen Bevölkerung nur einer fremdbestimmten und offiziellen Linie zu entsprechen scheinen. In Ostdeutschland wäre es im Dezember 1992 nicht möglich gewesen, daß sich wie in München oder Hamburg Hunderttausende zu Lichterketten versammeln. Noch drei Jahre zuvor, während der fünf Monate bürgerlicher Selbstbestimmung am Ende der DDR, war dies anders.

Aber ist nicht auch die westdeutsche Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg von außen, von den Alliierten, geprägt worden? Warum ist die Bundesrepublik ein Erfolg geworden? Warum haben sich die Westdeutschen das Grundgesetz zu eigen gemacht? Und warum haben es die Ostdeutschen in den neun Jahren seit der Wiedervereinigung nicht getan?

565 Hinzu kommt, daß das "Dritte Reich" 1945 ungleich stärker diskreditiert war als die DDR 1989 für die Ostdeutschen. Zwar hat das totalitäre SED-Regime zahlreiche Todesopfer gefordert, ein Land heruntergewirtschaftet und Millionen deformierter Menschen hinterlassen. Es hat aber nicht die unvorstellbaren Verbrechen Hitlerdeutschlands begangen, hat keinen Genozid auf dem Gewissen und keinen Weltkrieg.

570 Das Erbe der DDR und die Fehler der Wiedervereinigung sind also an der gefährlichen Gleichgültigkeit der ostdeutschen Gesellschaft schuld. Weil es 1989/90 ganz schnell gehen mußte, hatte der Osten keine Zeit zur Selbstvergewisserung, zur prozeßhaften Aneignung der demokratischen Werte. Eine Verfassungsdebatte, wie sie Artikel 146 des Grundgesetzes zuließ (und zuläßt), hätte das Defizit mildern können - doch darauf wollte sich die Bundesrepublik nicht einlassen. So bleibt heute nur Schadensbegrenzung, etwa durch politische Bildung, staatliche Förderung von Eigeninitiative oder beharrliche Öffentlichkeitsarbeit für liberale Werte, die jeden Ausdruck von Arroganz vermeidet.

Das aber ist ein sehr, sehr langer und mühsamer Weg.

TEXT 5

Hilflos gegen Rechts

von Christoph Seils | © ZEIT online 7.2.2007 - 07:16 Uhr

580 Um den Vormarsch der rechten Gewalt zu stoppen, muss die Politik die braun infiltrierten Menschen integrieren, statt sie auszugrenzen. Sonst ist der Kampf bald verloren. *Ein Kommentar*

585 Was haben Politik und Zivilgesellschaft in den letzten Jahren nicht alles versucht, um Rechtsextremismus und Gewalt einzudämmen. Es wurden endlose Debatten geführt, Gesetze verschärft, Organisationsverbote ausgesprochen und mit ziemlich viel Geld Sonderprogramme zur Stärkung der Zivilgesellschaft finanziert. Geholfen hat es nicht. Die NPD sitzt mittlerweile in zwei ostdeutschen Landtagen und in vielen Kommunalparlamenten. Neonazistische Kameradschaften sind in manchen Regionen Ostdeutschlands kommunale Akteure, die rechte Subkultur genießt unter Jugendlichen vielfach Kultstatus. Es gibt dort Angstzonen, die Immigranten meiden, weil sie um ihre Leben fürchten.

590 Und jetzt auch noch das: Die Zahl rechtsextreme und ausländerfeindliche Straftaten ist im vergangenen Jahr auf ein neues Rekordniveau gestiegen. Davon geht mittlerweile auch das Bundesinnenministerium aus, das sich normalerweise mit der Kommentierung von vorläufigen Zahlen zurückhält. Seit im Jahr 2000 die Kriterien für die Erfassung solcher Straftaten geändert wurden, hat es nicht so viele Straf- und vor allem Gewalttaten gegeben wie 2006. Den Aufstand der Anständigen, den rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 ausgerufen hatte - fast hat man den Eindruck, als hätte man sich den sparen können.

595 Ganz so ist es nicht. Es ist viel passiert in den vergangenen Jahren. Politiker wurden sensibilisiert, Lehrer haben sich fortgebildet, kein ostdeutscher Bürgermeister kann es sich mehr leisten, das braune Problem zu leugnen, die Polizei ist längst nicht mehr auf dem rechten Auge blind. Und doch folgt die Auseinandersetzung mit diesem gesellschaftlichen Phänomen dem Muster: skandalisieren, ausgrenzen, totschweigen. Gelegentlich empören sich Politik und Gesellschaft kollektiv, dann hoffen alle wieder, dass der braune Spuk sich von selbst erledigen werde.

600 Das Gegenteil ist der Fall. Die rechtsextreme Szene ist weiter auf dem Vormarsch, und sie hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Sie ist kein zerstrittener Haufen von eitlen Mächtigerführern mehr, sie ist

bündnisfähig geworden. Ihre Kader stilisieren sich als verfolgte Avantgarde, sie pflegen einen fast mystischen Opferkult, und sie sind sich einig über den gemeinsamen Feind: den Staat, die Systemparteien, die Lügenpresse und die Ausländer.

Die NPD und die neonazistischen Kameradschaften nutzt für ihre Mobilisierung mittlerweile Aktionsformen, die früher der politischen Linken vorbehalten waren: Provokation, Tabubruch und kalkulierte Gesetzesübertretungen. Beide sind mittlerweile so selbstbewusst, dass sie öffentliche Diskussionen und Veranstaltungen der etablierten Parteien besuchen. Sie provozieren dort gezielte Eklats, weil es ja als *common sense* gilt: "Mit Neonazis diskutiert man nicht". Also werden deren Fragen ignoriert, braune Kader des Saales verwiesen oder Veranstaltungen gar abgebrochen. Immerhäufiger allerdings stehen nicht die Provokateure, sondern Parteien und Zivilgesellschaft anschließend blamiert da.

Wo die Parteien ratlos schweigen, gibt die NPD eine antidemokratische und rassistische Antwort auf die soziale Frage, und sie gibt die Antwort genau dort, wo die Politik angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Hartz IV eine Vertretungslücke hinterlassen hat: in einem rechten Protestmilieu aus Unterprivilegierten und gesellschaftlichen Verlierern. Die NPD geriert sich als Sprachrohr jener Menschen, die von der Zivilgesellschaft, der Politik und den Medien längst nicht mehr erreicht werden. Und sie bestärkt jene, die teils wohl kalkuliert, teils alkoholisiert zuschlagen, wenn sie auf Ausländer oder Andersdenkende stoßen.

Die Politik reagiert auf diese Herausforderung hilflos. Sie weiß nicht mehr, was sie tun soll, sie reaktiviert die NPD-Verbotsdebatte, obwohl sie damit in Karlsruhe schon einmal gescheitert ist und obwohl die Hürden für ein Parteiverbot durch das Bundesverfassungsgericht fast unüberwindlich hoch sind. Sie finanziert Sonderprogramme gegen Rechts, die angesichts des Problemdrucks nur Alibi sind. Was sollen ein paar Dutzend zivilgesellschaftliche Berater und viele gut gemeinte Veranstaltungen schon ausrichten angesichts der Tatsache, dass fast jede Kommune in Ostdeutschland - aber nicht nur dort - sich inzwischen mit dem Problem herumschlägt? Das Geld verpufft, weil es diejenigen nicht erreicht, die sich von der Gesellschaft ausgegrenzt fühlen und für die Zivilgesellschaft ein Fremdwort ist.

Es wird also höchste Zeit, den Kampf gegen den Rechtsextremismus vom Kopf auf die Füße zu stellen. Dazu gehört es erstens, mit ihm leben zu lernen. Es gibt in unserer Gesellschaft einen Bodensatz von antidemokratischen und ausländerfeindlichen Einstellungen, der schon seit Jahrzehnten je nach Umfrage zwischen zehn und zwanzig Prozent der Bevölkerung liegt. Diesen kann man nicht verbieten und auch nicht wegdiskutieren.

Zweites muss sich die Gesellschaft den Milieus zuwenden, aus denen die NPD erfolgreich ihre Wähler rekrutiert und in denen die rechten Schläger auf klammheimliche Freude stoßen. Statt einer Kultur der Ausgrenzung braucht es eine Kultur der Anerkennung - nicht der Weltbilder und auch nicht der NPD, aber der Menschen, die den Rattenfängern hinterherlaufen. Dafür müssen die Integrationspotentiale der Gesellschaft mobilisiert und die abgebrochenen Kommunikationsbrücken wieder hergestellt werden. Nicht auf Demonstrationen von Gutgesinnten und wohlfeilen Festveranstaltungen, sondern dort, wo doch sich die rechte Dominanzkultur ausbreitet: in Eckkneipen, auf Sportplätzen und in Jugendclubs. Das heißt aber auch, Politiker müssen lernen, mit Rechten zu reden. Sie müssen lernen, den Ideologen und ihren Diskursen zu widersprechen. Aber sie müssen gleichzeitig auf die Menschen zugehen, ihre Lebenswelt wahrnehmen und ihre Ängste anhören, ihre Diskurse aufnehmen und ihnen genauso soziale wie demokratische Perspektiven aufzeigen.

Drittens muss die akzeptierende Jugendarbeit wiederbelebt werden, und dies nicht als befristetes Sonderprogramm der Bundesregierung, sondern als Pflichtaufgabe für jede Kommune. Die akzeptierende Jugendarbeit wird schon viel zu lange als „Glatzenpflege auf Staatskosten“ denunziert. Statt die rechtsextremen und gewaltbereiten Jugendlichen auszugrenzen, müssen Sozialarbeiter genau dort dahin gehen, wo die neonazistischen Kader ihren Nachwuchs rekrutieren und beide voneinander trennen.

Es wird höchste Zeit. Beschränkt sich die Politik hingegen weiter auf symbolische zivilgesellschaftliche Sonderprogramme und gelegentliche öffentliche Empörung, dann gewinnt die rechtsextreme Szene weiter an Einfluss, die Milieus weiten sich aus, die Gewalttaten nehmen weiter zu - und der Kampf gegen die NPD ist verloren.

TEXT 6

Den Nazis trotzen

Von Toralf Staud | © DIE ZEIT 01.06.2006 Nr.23

Bürgerinitiativen, Strafverfolgung, Sonderprogramme: Was sich im Umgang mit Rechtsextremisten geändert hat – und was nicht

Zur Abwechslung mal eine gute Nachricht aus Ostdeutschland: Im sächsischen Wurzen gibt es seit dieser Woche ein Haus der Demokratie. Nach fast fünf Jahren und Tausenden ehrenamtlicher Arbeitsstunden bezieht die lokale

Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus, das Netzwerk Demokratische Kultur, ein eigenes Domizil. Der Renaissance-Bau am Wurzener Domplatz ist zwar erst halb saniert, das Geld reichte nur für einen Kulturraum im Keller und ein paar Büros im Erdgeschoss. Aber das Haus ist ein Symbol: Missgunst, Anfeindungen und sogar einem Bombenanschlag zum Trotz wird der Verein langfristig arbeiten.

660
Wurzen ist ein Beispiel dafür, dass nicht immer alles schlimmer wird im Osten. Im Vergleich zur Situation von vor fünf oder zehn Jahren hat sich einiges getan: Der »Aufstand der Anständigen« ist nicht wirkungslos verpufft, die Medien sind heute aufmerksamer, die Polizei tritt vielerorts entschiedener auf. Doch auch die
665 Rechtsextremisten haben sich weiterentwickelt: Mit der NPD gibt es heute einen straff geführten Organisationskern. Die Kultur- und Identitätsangebote der modernen Nazis erreichen heute die breite Jugend – Läden für rechtsextreme Musik und Kleidung finden sich längst auch in Haupteinkaufsstraßen.

Aber fast überall, und das auch in Ostdeutschland, gibt es inzwischen Bürger und Initiativen, die dem nicht mehr tatenlos zuschauen – das ist der größte Fortschritt gegenüber den neunziger Jahren. Doch diese
670 zivilgesellschaftlichen Strukturen sind schwach, meist werden sie nur aktiv, wenn eine NPD-Demo am Ort stattfindet – und schlafen danach oft wieder ein. Viele Gruppen sind heillos überfordert, schlecht informiert und haben kein Geld. Die Sonderprogramme der rot-grünen Bundesregierung namens Civitas, Entimon und Xenos haben hier vieles verbessert. Doch zum Jahresende laufen die Programme aus, und was danach kommt, ist nicht entschieden.

675 Private Spender zu finden ist für die Initiativen schwer. Der Wittenberger Verein Demokratieanstiftung zum Beispiel versucht seit Jahren, einen Kapitalstock für mustergültige Projekte zu sammeln. Aber die meisten Unternehmen, sagt der Vorsitzende Stephan Dorgerloh, »geben Geld lieber für unpolitische Dinge, die Kinderkrebshilfe etwa oder die Dresdener Frauenkirche«. In Wurzen wäre der Hauskauf ohne die Leser der
680 ZEIT nicht möglich gewesen, die nach einer Reportage (*Die Nestbeschmutzer*, Nr. 28/01) fast 80000 Mark spendeten.

Wenig geändert hat sich in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Die Medien berichten zwar häufiger, doch fragen sie bei jeder Gewalttat aufs Neue, ob es sich um einen Einzelfall handelt. Lokalzeitungen versuchen, das heikle Thema eher zu meiden. An Schulen wurde das Problem früher aus Angst um den guten Ruf oft totgeschwiegen. Das hat sich geändert, aber über das Verbot von Springerstiefeln sind
685 viele noch nicht hinaus.

Es gibt heute mehr engagierte Lehrer als vor ein paar Jahren, systematische Unterstützung bekommen sie jedoch selten. Als die NPD im vergangenen Jahr bundesweit kostenlose »Schulhof-CDs« mit rechtsextremer Musik verteilte, hätte das die Chance zu einer pädagogischen Offensive sein können. Doch statt die perfiden Texte im Unterricht zu diskutieren und decodieren, wurden die CDs bloß verboten und eingesammelt. Es ist eine Fiktion,
690 Kinder und Jugendliche per Verbot gegen rechtsextremistische Propaganda abschirmen zu können, im Internet ist ohnehin alles frei verfügbar. Doch in Sachsen-Anhalt weigerte sich die Schulaufsicht sogar explizit, Aufklärungsmaterial an die Lehrer weiterzuleiten.

Die Polizei ist anders als in den neunziger Jahren heute nicht mehr auf dem rechten Auge blind. Aber immer noch kommt es zu individuellem Versagen: Da lässt sich bei einer Neonazi-Demo in Magdeburg der
695 Einsatzleiter von einem Kameradschaftskader herumkommandieren. Da will die Polizei im brandenburgischen Rheinsberg rassistische Hintergründe von Überfällen einfach nicht wahrhaben. Auch die Ermittlungen sind oft unprofessionell – das wäre sicherlich anders, wenn es wie in Brandenburg überall Schwerpunktstaatsanwaltschaften für rechtsextremistische Taten gäbe.

Und die Politiker? Die leugnen das Problem zwar nicht mehr, wie es Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf noch im Jahr 2000 tat. Aber allzu oft sorgen sie sich eher um das Image ihrer Stadt/ihrer Landes/der
700 Bundesrepublik als um die Opfer rechtsextremer Gewalt. Bis heute schafft es die CDU/CSU nicht, Rechtsextremismus beim Namen zu nennen. Sie distanziert sich in der Regel allgemein von »Gewalt und Extremismus« und geißelt den Linksextremismus immer gleich mit, obwohl der im Osten praktisch bedeutungslos ist. Das verstellt den Blick auf die Ursachen und verharmlost die ganz reale Lebensgefahr für
705 einen Teil der Bevölkerung.